

## Klinikum wird gGmbH Erster Schritt zur Privatisierung?

Am 12. April hat die **Verbandsversammlung des Klinikums Niedberg die Umwandlung des Eigenbetriebes in eine gemeinnützige GmbH beschlossen. Einziger Gesellschafter dieser gGmbH soll der Zweckverband zunächst bleiben, dessen Mitglieder die Städte Velbert und Heiligenhaus sind.**

Allerdings wird für die Zukunft die Aufnahme weiterer Gesellschafter nicht ausgeschlossen. Die Umgründung des Klinikums zu einer GmbH bedarf noch der Zustimmung der beiden Stadträte,

nikums und den Gewerkschaften gab es deshalb große Sorgen um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und die Weitergeltung der bestehenden Gehaltsregelungen und anderer Rechte. Im jetzt vorliegenden Vertrag werden zunächst betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen und die Übernahme aller bestehenden Verträge zugesagt. Nicht akzeptiert wurde die geforderte Drittelparität für Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat.

Schon vor dem Termin der **Verbandsversammlung** informierte der

Bürgermeister die Fraktionen über seine Absicht, dort eine Erklärung vorzulegen, in der er die nach seiner Meinung im neuen Vertrag zu "einseitige Fokussierung auf die berechtigten Mitarbeiterinteressen" beklagt, mit der "die Flexibilität für zukünftige Entwicklungen eingeschränkt" sei.

Als notwendig bezeichnet der Bürgermeister "ein tabuloses Sanierungskonzept" für das Klinikum und fordert dafür die Zustimmung der in der **Verbandsversammlung** anwesenden Kommunalpolitiker. Im Klartext heißt das wohl, dass die Beschäftigten sich warm anziehen müssen, wenn ihre Belange weiter gesichert bleiben sollen.

g. jud.



diese sollen auch gefragt werden, falls in Zukunft neue, auch private Gesellschafter beteiligt werden sollen.

Die Notwendigkeit der Umwandlung der Rechtsform vom kommunalen Eigenbetrieb zu einer privatrechtlichen gGmbH wird damit begründet, in dieser Rechtsform die Konkurrenz zu anderen Krankenhäusern besser durchstehen zu können. Bei den Beschäftigten des Kli-

## **PDS** Direktkandidaten für Bundestagswahl gewählt

Auf ihrer **Kreismitgliederversammlung am 22. März 2002** wurden die beiden **DirektkandidatInnen der PDS für die Wahlkreise Mettmann Nord und Süd (106/105) gewählt. Um ein Direktmandat bewerben sich bei der Bundestagswahl Ingrid Schween (105) und Siegfried Stoff (106).**

Das ehemalige Mitglied der Grünen I. Schween ist von Beruf Sozialarbeiterin und betreibt zur Zeit die alternative Kneipe „Rainbow“ auf der Langenberger Straße.

Ihr politischer Schwerpunkt ist die Sozialarbeit, auch im kommunalen Bereich.

Siegfried Stoff ist Lehrer an einer Hauptschule in Erkrath, 51 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Er kam im Jahre 2000 zur **PDS**. Sein politischer Schwerpunkt ist der Stopp der Privatisierung kommunalen Eigentums und die Wiederbelebung der **Niederbergbahn**. Stoff war in den 90er Jahren Mitglied im **Ausländerbeirat** der Stadt Velbert.

Lesen Sie im weiteren Teil die Gespräche mit beiden Kandidaten. Sie erklären, warum sie gerade für die **PDS** kandidieren, ihre politischen Ziele und Vorstellungen.

### Aus dem Inhalt:

- S. 2: Neu - Tati's Tötterecke !
- S. 2: Velbert im Größenrausch?
- S. 3: Milliarden für Transrapid  
Was wird aus Velbert?
- S. 4: Bericht vom Parteitag
- S. 4/5: Interview mit den PDS  
DirektkandidatInnen
- S. 7: UMTS Anlagen - wie gefährlich sind sie wirklich?
- S. 8: Aus dem **PDS** Wahlprogramm

## Jetzt neu an dieser Stelle: **Tati's Tötterecke**

Jeder Mensch, egal wie alt, hat Träume. Und wie immer diese auch für den einzelnen Menschen aussehen mögen, wichtig ist, dass sich der ein oder andere im Leben erfüllt. Manche Träume hingegen bleiben besser eben solche.

Weshalb? Nun, ich versuche es anhand meines Traumes zu erklären.

Mein größter Traum, oder Wunsch ist es, miterleben zu dürfen, dass eines schönen Tages, am liebsten an einem sonnigen Herbsttag, auf dem Garagenhof (weil 'ne Menge Platz), den ich von meinem Schlafzimmerfenster aus gut einsehen kann, Außerirdische mit ihrem Raumschiff landen. Ja, das wäre was! Eine mögliche Existenz, außer unserer irdischen, hat mich von jeher in ihren Bann gezogen.

Aber was wäre dann? Wie würde die Menschheit darauf reagieren? Würde die außerirdische Lebensform mit allen Ehren empfangen? Ich bin mir nicht sicher. Eher wäre Misstrauen und Distanz vorhanden.

Wie auch anders in einer Zeit, in denen Menschen anderer Hautfarbe und uns fremder Kulturen in menschenunwürdigen Asylverfahren eher als Sache denn als Lebewesen behandelt werden. Egal, ob es sich dabei auch um Frauen oder Kinder handelt.

Ich habe noch nie verstehen können, dass nicht jeder Mensch, dem es gut geht und der das so genannte Glück hat, in unserer westlichen Hemisphäre geboren zu sein, sich nicht gedanklich in die Lage eines Flüchtlings versetzen kann. Soweit müsste aber unser jeder Mitgefühl reichen.

Schließlich macht das auch das Menschsein auf dieser Erde aus.

Deshalb, liebe Außerirdische, wartet mit einer Kontaktaufnahme mit uns. Wer weiß, vielleicht müsstet Ihr Euch in einem Asylverfahren verantworten....

**Foto rechts:  
Stadion „Sonnenblume“ Hat Velbert keine größeren Sorgen, als das Stadion auszubauen?**



## **Velbert im Größenwahn?**

**Das fragt man sich wirklich, nachdem die „Idee“ von einer 12.000 Mann fassenden Arena von unserem Bürgermeister F. Hörr auf dem Neujahrsempfang der SSVg Velbert bekannt gegeben wurde.**

Haben wir nicht wichtigere Sorgen, als das weitere Wohl und Wehe dieses eine Mio. DM Etat Vereines? Außerdem, wieso so bescheiden? Nur 12.000? Wenn die SSVg weiter so durch die Ligen nach oben geprügelt wird, dann spielen die 2005/06 Bundesliga und danach Championsleague. Bei den Massen an Fußballfans, die dann nach Velbert strömen, wird das Stadion doch dann viel zu klein sein!

Oh mein Gott! Sollte man da nicht lieber gleich ein Stadion wie in Schalke für 50.000 Leute bauen, wo dann gleich ganz Velbert drin Platz hat. Die Investoren, die ja immer massenweise Arbeitsplätze schaffen, würden für ein solch rentables Objekt Schlange stehen. Da kommt richtig Geld in die Stadtkasse.

Und man stelle sich vor, alle Velberter hätten einen Platz im neuen Stadion Sonnenblume und könnten dann immer ihrem Bürgermeister danken.

Ein solches sofort zu bauen wäre vor allem billiger. Das Stadion später zu erweitern wäre doch viel zu teuer. Das kann man dem Steuerzahler doch nicht zumuten. Aber mal Scherz beiseite.

Wofür brauchen wir so ein großes Stadion überhaupt? Oder auch diese Flutlichtanlage für 350.000 €uro. Selbst wenn man das Stadion zu einem Sportzentrum ausbaut, käme das doch allenfalls denen zu gute, die in der Nähe wohnen, Langenberger und Nevigeser gucken in die Röhre. Dabei sollte man eher den Breitensport fördern.

Aber was nörgele ich hier rum? Diese Miesmacherei ist doch wirklich furchtbar. Wie sollen denn da auch private Investoren ungestört die von den Bürgerinnen und Bürgern erwirtschafteten Steuergelder in die eigene Tasche stecken, wenn da immer welche nachdenken. Das geht nun wirklich nicht.

alf.

# Milliarden für Transrapid Was wird aus Velbert ?

**Den ersten deutschen Eisenbahnplan begründete Friedrich List im Jahre 1833 so: „Der wohlfeile, schnelle, sichere und regelmäßige Transport von Personen und Gütern ist einer der mächtigsten Hebel des Nationalwohlstandes und der Zivilisation.“**

Das trifft auch heute nach 170 Jahren noch zu. Am System wurde ständig verbessert und modernisiert, allerdings durch die Autoindustrie erheblich verdrängt. Die vielen Verspätungen sind abzubauen, die Anschlüsse zu verbessern und neue S-Bahnlinien zu erschließen. Das ist machbar.

D a g e g e n braucht der Metro-rapid als völlig anderes System den Umbau von Bahnhöfen, Neubau von S t r e c k e n a b-schnitten mit teilweiser Untertunnelung. Ob das nun zwei oder drei Milliarden € kosten wird, steht in den Sternen.



Wäre es nicht schön, wieder über die „Saubrücke“ zu fahren?

Feststeht: Die Kosten für die Modernisierung des Streckennetzes im Ruhrgebiet einschließlich neuer S-Bahnlinien und der Niederbergbahn würde nur ein Bruchteil derer des Metrorapids betragen. Außerdem gäbe es nur geringe Zeitersparnisse und für Weiterreisende wäre das Umsteigen von dem einen in das andere System eher lästig. Schließlich fällt der Metrorapid für den Güterverkehr völlig aus.

Dagegen würden die Niederberger mit ca. 400.000 Menschen von der Reaktivierung der Niederbergbahn in Sa-

chen Wohn- und Lebensqualität erheblich profitieren. Ob die Kritiker der anderen Seite lieber mehr Straße als leiser, moderner Bahn vor der Nase hätten ist zu bezweifeln.

Jedenfalls wird sich die *PDS* weiterhin für die Schiene einsetzen und auch im Landtag jene unterstützen, die das auch wollen. Wir müssen nicht bis 2010 warten, um in 30 Minuten Düsseldorf zu erreichen.

steg.

## Schlüsselbund

### Impressum

erscheint unregelmäßig im Raum Velbert, Neviges, Langenberg. Verantwortlich im Sinne des Presserechtes: erster Sprecher, F. Köster, Kurt Schumacher-Str. 1, 42551 Velbert, Tel.: 02053-41792 Die Redaktion behält sich vor, unaufgeforderte Einsendungen zu kürzen, namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/der VerfasserIn wieder.

## Niederbergbahn: Eiertanz im Hauptausschuss

**Bürgermeister Hörr liegt das positive Gutachten für die Niederbergbahn offensichtlich quer im Magen.**

Obwohl sich auch die Velberter CDU - spät kommt sie, doch sie kommt langsam für die Niederbergbahn erwärmt, legte die Verwaltung dem Hauptausschuss einen Beschlussvorschlag vor, nach dem eine eindeutig positive Haltung zum Bahnprojekt als noch nicht entscheidungsreif angesehen wurde. Pech für den Bürgermeister:

Der Kreisausschuss hatte sich am Vortag mit großer Mehrheit für die Unterstützung des Bahnprojekts ausgesprochen. Dabei war auch der Beschlussvorschlag der Velberter Verwaltung kritisiert worden. Während die SPD die Unterstützung des Kreisbeschlusses forderte, wollte der Bürgermeister um jeden Preis seine Beschlussvorlage aufrecht erhalten, aber, im Gegensatz zu aller Logik, nur in einem Schlusssatz ein „ja“ zur Bahn anhängen.

Ratsmitglied Günter Judick (Offene Liste/*PDS*) - beratendes Mitglied im Hauptausschuss ohne Stimmrecht - half in seinem Beitrag mit, die Sache vom Kopf auf die Füße zu stellen. Jetzt steht am Anfang des Beschlusses das grundsätzliche „Ja“ zur Niederbergbahn und dann, um dieses Ziel positiv zu unterstützen, die auch von uns anerkannte Notwendigkeit, über viele Details weiter zu diskutieren.

g.jud.

## Vom Rostocker Parteitag:

Am 16./17. März fand in Rostock der siebte Parteitag der **PDS** statt. Auf ihm wurde das Wahlprogramm für die diesjährige Bundestagswahl verabschiedet. Eckpunkte des Programms sind das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Zukunftschancen für Ostdeutschland.

Erreicht werden sollen diese Ziele durch eine Reihe von Gesetzesinitiativen. So fordert die **PDS** den Abbau der Überstunden und die Einführung einer Wochenmindestarbeitszeit von 40 Stunden.

Sie wendet sich strikt gegen den Abbau sozialer Sicherungen und fordert die stärkere steuerliche Belastung von Großunternehmen und die Entlastung von Privathaushalten und mittelständischen Betrieben. Sie fordert die „Tobin-Tax“, eine Steuer auf Spekulationsgewinne ebenso wie die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Die **PDS** wendet sich auch gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland. Unverständlich bleibt hier allerdings, warum sie nur die Umwandlung der Nato in ein „Friedensbündnis“ fordert und nicht gleich ihre Auflösung. Denn wozu braucht man die Nato als Friedensbündnis, wenn man die UNO hat?

Allen Spekulationen über eine Koalition nach der Bundestagswahl mit SPD und Grünen erteilte der Parteitag übrigens eine klare Absage. Am besten hat es wohl Dietmar Bartsch ausgedrückt: „Für diese Titanic steht die **PDS** als Bordkapelle nicht zur Verfügung.“  
alf.

## Gespräch mit Ingrid Schween

Direktkandidatin im Wahlkreis Mettmann-Süd



**Schlüsselbund:** Was gibt es zu deiner Person zu sagen?

**I. Schween:** Ich bin 38,

werde im Mai meinen Freund heiraten, lebe mit ihm und zwei Katzen in Velbert. Von der Ausbildung her bin ich Sozialarbeiterin, habe auch bisher immer in dem Beruf gearbeitet. Zuletzt sieben Jahre als Streetworkerin für Drogenabhängige in Velbert. Ich bin jetzt seit Februar aber selbstständig, wir haben eine Gaststätte eröffnet, aus der ein Bürgerzentrum werden soll. Politisch aktiv bin ich seit 1984. Damals bei den Grünen. Ich war 84-86 im Stadtrat in Velbert. Später auch stellvertretende Vorsitzende im Ausländerbeirat, Geschäftsführerin des OV Velbert. Wegen persönlicher Differenzen mit einigen Velberter Grünen war ich so ab 1994 nicht mehr aktiv, aber noch Mitglied. Ich habe dann die Leute von der Bürgerinitiative gegen Ausländerfeindlichkeit kennengelernt und mich dort eingesetzt. Später auch beim Linken Forum Niederberg. Als sich die **PDS** Velbert zum erstenmal zur Kommunalwahl stellte, fragten mich die Leute - mit denen ich ja auf vielen Ebenen politisch gut zusammenarbeitete, ob ich auf einer Offenen Liste kandidiere - ich tat es. Und deswegen haben die Grünen mich aus der Partei ausgeschlossen. Wenig später habe ich dann das Parteiprogramm der **PDS**

gelesen, es für gut befunden und bin Mitglied geworden! Jetzt, spätestens nach der Abstimmung der Grünen wegen Afghanistan, wäre für mich eh der Punkt gewesen, dort auszutreten. Ich bin Kreisvorsitzende der **PDS** und zusammen mit Friedel Köster Sprecherin der BG Velbert.

**Schlüsselbund:** Warum kandidierst du?

**I. Schween:** Natürlich wäre es ein Wunder, wenn einer von uns je einen Wahlkreis gewinnen könnte. Aber wir kandidieren, um den Menschen eine Alternative zu bieten. Es gibt noch eine Wahlmöglichkeit links von SPD und Grünen, die ja auf Bundesebene viele Menschen arg enttäuscht haben. Man kann ein Zeichen setzen: Nicht so weiter! Nicht mit mir! Ich verstehe oft nicht, wie alte SPD-Wähler aus Protest rechte Parteien wählen können.

**Schlüsselbund:** Was sind deine persönlichen politischen Schwerpunkte, was liegt dir am Herzen?

**I. Schween:** Die Sozialpolitik! Durch meinen Beruf habe ich viel erlebt, wie z. B. Menschen beim Sozialamt ihre Rechte verweigert wurden oder jemand durch alle sozialen Netze fiel. Auf der einen Seite Armut und auf der anderen Reichtum - das kann nicht gerecht sein, so stelle ich mir keine lebenswerte Welt vor. Mein zweiter Schwerpunkt ist die Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit, positiver ausgedrückt, der Einsatz für ein gutes Miteinander aller Menschen.

## Mettmanner Appell unterstützen

Mit einer gemeinsamen Erklärung wandten sich der Bürgermeister der Kreisstadt Mettmann, der Fachbereichsleiter Gemeinden der Gewerkschaft ver.di und der Personalratsvorsitzende der Stadtverwaltung an die Öffentlichkeit und an die Bürgermeister und die Beschäftigten der Stadtverwaltungen aller Städte in NRW, um durch eine gemeinsame Aktion auf die Dringlichkeit einer Finanzreform zu-

gunsten der Gemeinden hinzuwirken. Wir hoffen, dass diese Aufforderung auch in Velbert ankommt und Unterstützung findet. Zu den in Mettmann diskutierten Aktionsformen gehört, das Rathaus aus Protest für einen Tag zu schließen und gemeinsam in Düsseldorf zu demonstrieren. Denn auch hier gilt: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.

g.jud.



# Gespräch mit Siegfried Stoff

Direktkandidat im Wahlkreis Mettmann-Nord

**Schlüsselbund:** Du bist jetzt als Direktkandidat für den Wahlkreis „Nord“ gewählt. Was wären deine Ziele, wenn du in den Bundestag einziehen würdest? Was würdest du dort gerne mit deiner Partei erreichen?

**S. Stoff:** In dieser Republik sind zur Zeit einige Dinge aus dem Gleichgewicht geraten. Das beginnt mit der hohen Anzahl von Menschen ohne Arbeit, ca. 4,5 Mio. und hört mit der sozialen Ungleichheit auf. Auch die Zunahme von aufgedeckten Korruptionen spricht nicht für eine stabile Demokratie. Ehrlichkeit und die Einhaltung von Prinzipien sollten in der Politik wieder eine entscheidende Rolle spielen. Arbeitsplatzbeschaffung, Sozialstaatlichkeit wieder herstellen, Reichtümer gerechter verteilen, das sind nur einige Ziele, die ich für vorrangig halte und die ich mit der **PDS** umgesetzt wissen will.

**Schlüsselbund:** Warum genau ist die **PDS** die Partei, der du dich angeschlossen hast?

**S. Stoff:** Ich sehe die **PDS** als die einzige Partei, mit der die Möglichkeit gegeben ist, obige Ziele annähernd zu realisieren. Von großer Bedeutung ist hier für mich auch die konsequente Friedenserhaltung der **PDS**. Diese Partei lehnt jede Form von militärischer und anderer Gewalt als Konfliktlösungsmittel ab und hat auch entsprechend im Deutschen Bundestag abgestimmt. Für Menschen, die sich für eine weltweite Friedenspolitik stark machen, bleibt die **PDS** momentan die einzige Alternative, spätestens nachdem die Grünen in dieser Frage total umgekippt sind und heute sogar Militäreinsätze deutscher Soldaten außer halb der BRD befürworten.

**Schlüsselbund:** Aktuell ist ja momentan die Diskussion um die Zuwanderung. Wie stehst du zu dem Gesetzesentwurf?

**S. Stoff:** Nach der merkwürdigen Abstimmung im Bundesrat am 22. 03. 02 wird nun das passieren, was viele nicht gewollt haben, das Thema Migration wird zum Wahlkampfthema. Hier hat der Kanzlerkandidat der CDU/CSU, Herr

Stoiber, schon einen geringen Sieg errungen. Eine der entscheidenden Forderungen, die die **PDS** an dieses Gesetz richtet, ist die Heraufsetzung des Nachzugsalters von Kindern und Jugendlichen auf 18 Jahre.

**Schlüsselbund:** Gibt es eventuell Bereiche in der Politik, die dich besonders interessieren?

**S. Stoff:** Da ich als Lehrer an einer Hauptschule tätig bin, spielt natürlich die Bildungspolitik für mich eine ganz wichtige Rolle, nicht nur erst seitdem die PISA Studie Deutschland auf die Plätze gewiesen hat. Zusätzlich mache ich mich aber auch für einen Privatisierungsstopp stark, da sich zeigt, dass der Ausverkauf staatlichen und kommunalen Eigentums nicht der Weisheit letzter Schluss ist, sondern vielmehr verheerende Wirkungen für die Bürgerinnen und Bürger zeigt. So werden Dienstleistungen teilweise teurer, dafür aber erheblich schlechter. Dies kann und darf so nicht weiter gehen.

**Schlüsselbund:** Da du ja auch ein in deiner Heimatstadt sehr aktives Mitglied deiner Partei bist, würde uns interessieren, ob es speziell auf die Kommunalpolitik bezogene Themen gibt, welche dir besonders am Herzen liegen?

**S. Stoff:** Kommunal- und Bundespolitik können nicht voneinander getrennt werden. Solange die Bundesregierung hingeht und immer mehr Kosten auf die Kommunen abwälzt, müssen auch die Steuereinnahmen anders umverteilt werden. Es kann nicht angehen, dass immer mehr Gemeinden in Deutschland vor dem finanziellen Ruin stehen und das öffentliche Eigentum verschleudern. Demokratie beginnt an der Basis, also in den Kommunen. Werden diese vom Bund gezwungen immer mehr zu finanzieren, so müssen auch mehr Gelder vom Bund kommen. Wir, die **PDS**, meinen, wer die Zechen bestellt, der muss sie auch zahlen!

**Schlüsselbund:** Auch aktuell momentan, das Thema Arbeitslosigkeit. Wäre es möglich uns kurz zusammenzufassen, welche Vorstellungen deine Partei und du für den Umgang mit diesem Thema haben?

**S. Stoff:** Hier spielt die „Öffentliche Daseinsfürsorge“ eine große Rolle. Staat, Länder und Kommunen müssen beschäftigen und nicht immer mehr Arbeitsplätze abbauen. Dies muss zu normalen tariflichen Bedingungen geschehen, daher fordert die **PDS** schon seit langem ein Vergabegesetz, in dem die Voraussetzungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge geregelt werden. Langfristig werden wir aber nicht daran vorbeikommen, die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu verkürzen. In unserem Nachbarland Frankreich hat man das schon längst getan, dort ist die 35-Stunden-Woche Standard.

b.st.



## Zwangsarbeiter: Nur Zweidritteln konnte geholfen werden

159 ehemals in der Velberter Betrieben beschäftigte Zwangsarbeiter wandten sich im Zusammenhang mit dem Abkommen um die bescheidenen „Entschädigungen“ für erlittenes Unrecht an die Velberter Stadtverwaltung, um die für den Antrag benötigten Unterlagen über ihre Zwangsarbeit in unserer Stadt zu bekommen. Das ergab die Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage unseres Ratsmitglieds Günter Judick. Im Archiv der Stadt befanden sich nur für 106 der Angefragten Unterlagen, sodass 53 ohne positive Antwort blieben. Da zumindest für die alte Stadt Velbert umfassende Meldeunterlagen über die Zwangsarbeiter vorliegen, kann aus dieser Zahl geschlossen werden, dass es während des Krieges mehr Zwangsarbeiter in unserer Stadt gab, als sich aus den Unterlagen ergibt.

g.jud.

# Radfahren in Niederberg

**Nun beginnt sie bald wieder für viele, die Radfahrersaison. Der Bock kann mal wieder entstaubt werden. Auch wenn das Radfahren hierzulande mit Sicherheit beschwerlich ist, stehen dem Radfahrvergnügen nicht nur die Berge im Weg.**

So gibt es einige Radwege, die in einem erbärmlichen Zustand sind, eine etwas seltsame Radverkehrsführung vorschreiben oder zu schmal sind. Hierzu einige Beispiele.

1. Der gepflasterte Radweg an der Rottberger Straße ist ein einziges Schlagloch. Hier stellt sich fast die Frage, was sicherer ist. Auf der Straße fahren, oder um die Schlaglöcher kurven und vielleicht sogar stürzen. Das diese Schlaglochpiste als Radweg ausgeschildert ist, ist eine Zumutung für jeden Radfahrer, denn er ist ja gezwungen den Radweg zu benutzen, wenn er als solcher ausgeschildert ist. Auch wenn er vielleicht nicht in absehbarer Zeit saniert wird, so sollte es den Radfahrern zumindest durch einen Fußweg mit „Fahrrad frei“ Schild (die Benutzungspflicht einfällt dann) freigestellt werden, ob sie sich durchrütteln lassen, oder in die Gefahr des Straßenverkehrs begeben.

2. Von der Hauptstraße aus existiert in Richtung Tunnel an der rechten Seite der Pannerstraße ein Radweg. Dieser hört jedoch nach gut 50m auf und geht auf der linken Seite weiter. Weitere 50m weiter, wo die Vorfahrtsstraße einen Knick macht und die Pannerstraße nach links abgeht, ist jedoch kein Schild mehr, das den Radweg auf der linken Seite erneuert. Somit müßte der vorschriftsgemäße Radfahrer wieder die Seite wechseln. Ich bin überzeugt, dass kein Mensch so einen Schwachsinn mitmacht. Aber wer sich sowas ausdenkt, kann irgendwie nicht nachgedacht haben.

3. Das Stück des Radweges an der Werdener Straße zwischen dem Losenburgerweg und der Anschlußstelle Velbert Nord müßte eigentlich, um als Radweg gelten zu können, mindestens 1,5m Breite haben, er kommt aber nicht mal auf einen Meter.

Natürlich gibt es in Velbert auch vernünftige Radwege. So zum Beispiel den Radweg auf der Friedrich-Ebert-Straße hinter der Post. Dieser Radweg ist einwandfrei und trägt auch zur Erhöhung der Sicherheit von Radfahrern im Straßenverkehr bei. Also, entweder richtig oder gar nicht! Aber mal abgesehen davon, was wir zum Teil für schwachsinnige Radwege haben, wäre auch der Ausbau des Radwegenetzes von Nöten, um den Radverkehr attraktiver zu gestalten. Wie zum Beispiel ein Radweg von Nierenhof nach Kupferdreh und ein Radweg von Langenberg nach Neviges. Mit kleinen Kindern ist es wegen des hohen Verkehrs nicht unbedingt ratsam dort lang zu fahren. Velbert braucht eine Verbesserung der bestehenden Radwege und einen Ausbau des Radwegenetzes. Zu letzterem gibt es sogar Förderung vom Land. alf.

## Gnadenfrist für die Bücherstadt?

**Der Hauptausschuss hatte in seiner Sitzung im März schon das Ende des Experiments Bücherstadt beschlossen, als sich Anträge von CDU, SPD und Grünen wechselseitig blockierten und die Stimmenthaltung des Bürgermeisters auch dem CDU Antrag keine Mehrheit verschaffte.**

Zwar war nur die FDP offen gegen eine Weiterführung, doch schien auch bei den anderen Fraktionen nicht gerade viel Begeisterung zu bestehen, was die mögliche Perspektive des seit drei Jahren hochgepriesenen Projektseiner Bücherstadt angeht.

Doch andererseits ausgerechnet im Wahljahr 2002 ein vor den Kommunalwahlen hochgelobtes Projekt, in das schon einige hunderttausend Mark von Land und Stadt verbuttert worden sind und für das sich Bürger doch recht stark ehrenamtlich engagieren, jetzt einfach sterben zu lassen, war denn doch ein zu starkes Stück.

Und so wird sich jetzt der Rat im April im Rahmen der Etatberatung wohl doch noch bereit finden, zumindest für dieses Jahr einen Zuschuss zu bewilligen. g.jud.

# Aufgemerkt!

## **PDS -Velbert jetzt zweimal im Monat:**

Jeden zweiten und letzten Freitag erreichen Sie uns im Jugoslawischen Verein, in der Friedrichstr. 93.

Die Örtlichkeit erreichen Sie aber nur über den Hofeingang von der Schulstraße aus. Hinter, bzw. kurz vor der Grundschule (je nachdem von wo Sie

kommen) befinden sich zwei Hofeinfahrten. An einem der Häuser, rechter Hand Richtung Hof gesehen, befindet sich eine große Eisentreppe. Über diese gelangt man in den Verein und so auch zur **PDS**.

Jedermann -frau ist herzlich eingeladen mal reinzuschauen.

# UMTS - Anlagen

## Wie gefährlich sind sie wirklich?

**Man sieht sie in unserer Stadt an vielen Punkten: Die UMTS Antennen auf Dächern höherer Häuser, mit denen der Empfang für die allgegenwärtigen Handys gesichert werden soll und durch die zugleich die anvisierten neuen Techniken ermöglicht werden sollen.**

Schließlich haben die Lizenzen im Vorjahr 100 Milliarden DM (gut 50 Milliarden Euro) in die Kassen des Bundesfinanzministers gespült, da dürfen

planen in den nächsten Jahren die Aufstellung von 40.000 neuen Antennenanlagen, so dass in städtischen Bereichen in jeweils 300 m Entfernung eine Antenne gebaut wird.

Die UMTS Antennen sind unter Wissenschaftlern wegen der von ihnen ausgehenden Strahlenbelastung sehr umstritten. Inzwischen gibt es in der Bundesrepublik mehr als 11.000 Bürgerinitiativen, die gegen solche Anlagen protestieren. Doch obwohl die Bundesregierung

wissen, wie viele Anlagen in Velbert existieren und welche Möglichkeiten die Stadt bzw. die Bürger haben, sich gegen die Strahlenbelastungen zu wehren. In einer ausführlichen Antwort verwies die



Foto oben: Kindergarten und UMTS-Anlage in Tönisheide

die Konzerne nicht verärgert werden. (Dass die Städte und Gemeinden wegen der Abschreibemöglichkeit dabei 3,5 Milliarden an Steuerausfällen draufzahlen, wird bestenfalls am Rande erwähnt.) Die Mobilfunk betreibenden Konzerne

ankündigte, um in den nächsten Jahren die Entwicklung emissionsmindernder Technologie zu fördern - was ja wohl nichts anderes heißen kann, als dass die gegenwärtigen Anlagen nicht die notwendige Sicherheitsgarantie gegen Strahlenschäden aufweisen - blockieren die Verwaltungsgerichte alle Einsprüche.

Nicht zuletzt unter Hinweis darauf, dass in Tönisheide eine solche Anlage in unmittelbarer Nähe eines Kindergartens installiert ist, wollte Ratsmitglied Günter Judick von der Verwaltung



Foto oben: UMTS oder nicht? Hochhaus an der Werdener Straße

Stadt darauf, dass sie da keine Übersicht habe, da Antennenanlagen unter 10 Meter Höhe keiner Baugenehmigung bedürfen. Immerhin wurde diese Mitteilung mündlich dadurch ergänzt, dass die Stadt nicht beabsichtigt auf städtischen Gebäuden, einschließlich Wobau, solche Anlagen zu installieren.

g.jud.

## Sparen, sparen, sparen...

**... das ist die Botschaft des Stadtkämmerers an den Rat, der am 23.04. den Haushalt für 2002 beschließen soll.**

12 Millionen Euro fehlen dem Verwaltungshaushalt, müssen durch Zugriff aus städtischem Vermögen abgedeckt werden. Doch schon jetzt übersteigen die Schulden das vorhandene Vermögen der Stadt um eine zweistellige Summe. Immer mehr Aufgaben werden in Berlin oder Düsseldorf beschlossen, sollen aber von den Kommunen finan-

ziert werden.

177 Millionen Euro Schulden wird die Stadt am Ende dieses Jahres haben. Das sind knapp 2.000 Euro für jeden Bürger. Die Banken kassieren dafür 10,6 Millionen Euro an Zinsen.

Fehlender Steueranteil der Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen, drückende Schulden, die jeden kommunalen Handlungsspielraum beseitigen, sind keine lokale Angelegenheit.

Eine grundlegende Reform der

Gemeindefinanzierung, wie sie auch der Velberter Rat zu Beginn der Etatberatungen einstimmig gefordert hat, wird zwar immer wieder versprochen, aber nicht realisiert.

Während der Bundestag sehr schnell bereit ist, acht Milliarden für neue Militärtransporter für weltweite Einsätze der Bundeswehr zu bewilligen, warten die Gemeinden seit Jahren auf einen höheren Steueranteil für die Bedürfnisse der Bürger.

g.jud.

# Stoppt das Morden in Palästina

Anlässlich der blutigen und dramatischen Zuspitzung der Lage in Palästina und der drohenden Gefahr für das Leben des belagerten palästinensischen Präsidenten Yassir Arafat sowie aller Palästinenser in den abgeriegelten Städten, Dörfern und Flüchtlingslagern rufen wir alle friedlichen Menschen dazu auf, ihre Stimme gegen die neueste aggressive und blutige israelische Vorgehensweise und gegen den anhaltenden Vernichtungskrieg gegen das palästinensische Volk und seine Infrastruktur zu erheben.

Mit dieser erneuten israelischen militärischen Aggression hofft Sharon, dass die Palästinenser kapitulieren und auf ihre nationalen Rechte verzichten werden.

Die Intifada wurde vor 18 Monaten als Reaktion auf die andauernde wirtschaftliche und politische Misere entfacht, auch als eine Reaktion auf die Hoffnungslosigkeit der endlosen Verhandlungen und Versprechungen. Die strukturelle Gewalt der Entrechtung und

Einengung hat die Grenze des Erträglichen längst überschritten. Die Intifada ist nicht mehr eine Reaktion, sondern eine strategische Alternative des palästinensischen Volkes zur Beendigung der brutalen israelischen Besatzung. Das Ziel ist Freiheit und Frieden bei voller Sicherheit für beide Seiten.

Die Eskalation der Gewalt in Palästina und Israel beruht nicht auf einem Missverständnis oder gar auf einer Fehlinterpretation der Absichten des Anderen, viel mehr liegen die Wurzeln in der 34 Jahre andauernden Besatzung, der längsten in der neuen Geschichte der Menschheit.

Die Aggressivität der Besatzung kennt keine Grenzen. Sie reicht von der Zerstörung der zivilen Infrastruktur bis zur Anwendung von rassistischen Methoden bei der Verhaftung und Verfolgung von Aktivisten der Intifada. Die Zahl der Opfer, das Ausmaß der Zerstörung auf palästinensischer Seite und der Protest aus den eigenen Reihen der Be-

satzungsarmee sind nur einige Indizien für die Brutalität der Besatzung.

Den Palästinensern geht es nicht um bloße Verhandlungen, es geht ihnen um die Beendigung der Besatzung. Daher fordern wir:

Daher fordern wir:

>> Aufhebung der Belagerung des Präsidenten Arafats und der palästinensischen Bevölkerung;

>> Entsendung von UNO-Schutztruppen nach Palästina;

>> Sofortige medizinische und wirtschaftliche Hilfe für die Palästinenser

>> Sofortigen Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten palästinensischen Gebieten

>> Die sofortige Freilassung aller Verschleppten (über 4.000);

Wir appellieren an die Bundesregierung und die EU Druck auf Israel auszuüben, damit die blutige militärische Aggression endlich gestoppt wird.

abi.

## Was wird aus dem Kontra - Laden in Tönisheide?

Seit über einem Jahr schon zahlt die REWE-Gruppe die Miete für den Laden und die Hausfrauen stehen wie angeschmiert davor. Auch wenn REWE nach zehn Jahren erst rote Zahlen sah, nicht aber die leere Fleischtheke und sonstige Nachlässigkeiten und auch nicht jetzt die verlorene Miete sieht, so sollten die Herren doch endlich den Laden freigeben, damit andere Bewerber eine Chance erhalten. Gewiss, die Wirtschaft ist frei und so ein Lebensmittelkonzern kein Sozialinstitut, aber Tönisheide will endlich wissen, was in seinem Dorf geschieht, nachdem die Kassierung der Bahntrasse gescheitert ist.

p.s.

## In eigener Sache:

Zeitungsmachen kostet Geld. Auch wenn Sie diese Zeitung gratis erhalten haben, müssen wir die Kosten bezahlen. Dazu benutzen wir meistens die Aufwandsentschädigungen unseres Ratsherren Günter Judick, der diese Beträge nicht privat nutzt!!! Über eine Spende Ihrerseits würden wir uns allerdings sehr freuen.

Sollten Sie weiteres Interesse an der Arbeit und den Informationen der **PDS** haben, dann schneiden Sie den Schnipsel aus und schicken ihn entweder an unseren ersten Sprecher Friedel Köster, Kurt-Schumacher-Str. 1, 42553 Velbert oder direkt an unser Ratsmitglied Günter Judick, Brandenbusch 3, 42551 Velbert.

Es wäre schön, von Ihnen zu hören.

Ja, ich bin an weiteren Informationen der **PDS** – Velbert interessiert, bitte schicken Sie mir Ihr Informationsmaterial zu und laden mich zu den Gruppenabenden ein.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_